

Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1922

Nr. 12.

Inhalt: Gesetz, betreffend die sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung der staatlichen Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 67. — Gesetz, betreffend Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes zur Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 14. Januar 1921, S. 68. — Gesetz, betreffend weitere Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über Teuerungsschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten, S. 68. — Gesetz zur Abänderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880, S. 69. — Verordnung über Erhöhung der Eisenbahnfaßkosten bei Dienstreisen der Landjägerebeamten, S. 69. — Verordnung über die Einführung preußischer Gesetze im Gebietsteile Pyrmont, S. 70. — Verordnung über vorläufige Änderung der Amtsgerichtsbezirke Monschau und Blankenheim anlässlich der Ausführung des Friedensvertrags, S. 74. — Anordnung, betreffend die Verlängerung von auf Grund der Mieterschutz- und Wohnungsmangelverordnung erlassenen Anordnungen, S. 74.

(Nr. 12248.) Gesetz, betreffend die sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung der staatlichen Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Vom 22. März 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Einziger Paragraph.

Zum Zwecke der Übernahme der örtlichen Sicherheitspolizeiverwaltung in den größeren Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriebezirks durch staatliche Beamte wird die Zahl der im Haushaltsplane für das Rechnungsjahr 1921 vorgesehenen plannäßigen Stellen für staatliche Polizeibeamte des Verwaltungsdienstes, des Verwaltungsaufzendienstes und des Kriminaldienstes vorübergehend verstärkt. Der Finanzminister wird ermächtigt, bis zur Übernahme auf den Staatshaushaltsplan die zur Errichtung dieser Stellen erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar für die Besoldung von:

A. Verwaltungsdienst.

7 Polizeipräsidienten,	5 Kanzleiuinspektoren,
12 Regierungsräten,	9 Kanzleisekretären,
29 Polizeiräten,	4 Polizeiaffistenten,
5 Zentralbürovorstehern,	13 Polizeikanzleiaffistenten,
5 Kalkulaturvorstehern,	24 Polizeigefängnisoberwachtmeistern,
6 Polizeikassenrendanten,	10 Vollziehungsbeamten,
148 Polizeiobersekretären,	4 Polizeigefängniswachtmieifterinnen und
145 Polizeisekretären,	36 Amtsgehilfen.

B. Verwaltungsaufzendienst.

12 Polizeiuinspektoren,	97 Polizeiaffistenten und
98 Polizeikommissaren,	900 Polizeibetriebsassistenten.
5 Polizeisekretären,	

C. Kriminaldienst.

12 Kriminalinspektoren,
63 Kriminalkommisaren,
5 Kriminalsekretären,

67 Kriminalassistenten und
650 Kriminalbetriebsassistenten.

Das vorstehende, vom Landtag beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 22. März 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. Severing. v. Richter.

(Nr. 12249.) Gesetz, betreffend Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes zur Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 14. Januar 1921 (Gesetzsamml. S. 117). Vom 28. März 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Im Artikel 4 des Gesetzes zur Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 (Gesetzsamml. S. 535) vom 14. Januar 1921 (Gesetzsamml. S. 117) werden die Worte „für die Zeit bis zum 31. März 1922 einschließlich“ durch die Worte „bis zum 31. März 1923 einschließlich“ ersetzt.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1922 in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtag beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 28. März 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

für den Finanzminister:

Der Justizminister.
am Dehnhoff.

(Nr. 12250.) Gesetz, betreffend weitere Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten. Vom 28. März 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die Gültigkeitsdauer des Gesetzes über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten vom 29. April 1920 (Gesetzsamml. S. 155) in der durch die Gesetze vom 10. Dezember 1920 (Gesetzsamml. S. 540) und vom 10. Februar 1922 (Gesetzsamml. S. 34) abgeänderten Fassung wird bis 31. Mai 1922 verlängert.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1922 in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtag beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 28. März 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. am Dehnhoff,
zugleich für den Finanzminister.

D (Nr. 12251.) Gesetz zur Abänderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (Gesetzsamml. S. 230). Vom 28. März 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Einjiger Paragraph.

Die im § 6 des Feld- und Forstpolizeigesetzes bestimmte Wertgrenze und das Ersatzgeld der §§ 71 und 72 werden auf den zehnfachen Betrag erhöht.

Das vorstehende, vom Landtag beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 28. März 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. am Dehnhoff. Wendorff.

(Nr. 12252.) Verordnung über Erhöhung der Eisenbahnfahrkosten bei Dienstreisen der Landjägerebeamten. Vom 13. März 1922.

Auf Grund des § 17 des Gesetzes vom 26. Juli 1910, betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten (Gesetzsamml. S. 150), und des Artikel III des Gesetzes über die Erhöhung der Eisenbahnfahrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten vom 9. August 1918 (Gesetzsamml. S. 143) verordnet das Preußische Staatsministerium, was folgt:

Bei Dienstreisen, die nach dem 31. Januar 1922 angetreten worden sind oder angetreten werden, erhalten die Landjägerebeamten an Fahrkosten für die zurückgelegten Eisenbahn- oder Schiffsfahten an Stelle der im § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung vom 9. August 1913 (Gesetzsamml. S. 372) in der Fassung der Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1921 (Gesetzsamml. 1922 S. 26) vorgesehenen Fahrkostensätze:

im Falle des § 2 Abs. 1 Nr. 1a	Halbsatz 1	140 Pfennig,
	Halbsatz 2	80 "
Nr. 1b	Halbsatz 1	80 "
	Halbsatz 2	50 "
Nr. 1c		50 "
		15*

Bei Dienstreisen, die vor dem 1. Februar 1922 angetreten, aber nicht beendet worden sind, gilt das gleiche für die Eisenbahn- oder Schiffsfahrten, die an diesem Tage oder später zurückgelegt werden.

Berlin, den 13. März 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. Seizing. v. Richter.

(Nr. 12253.) Verordnung über die Einführung preußischer Gesetze im Gebietsteile Pyrmont. Vom 31. März 1922.

Das Preußische Staatsministerium verordnet auf Grund des § 5 Abs. III des zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont am 29. November 1921 abgeschlossenen Vertrags und des Artikel 7 des Gesetzes über die Vereinigung des zu Waldeck-Pyrmont gehörigen Gebietsteils Pyrmont mit dem Freistaat Preußen vom 22. Februar 1922 (Gesetzsamml. S. 37), was folgt:

Artikel 1.

Die in der Provinz Hannover allgemein gültigen Vorschriften des preußischen Beamtenrechts treten im Gebietsteile Pyrmont des Landes Waldeck-Pyrmont, der mit Preußen vereinigt und dem Kreise Hameln (Provinz Hannover) einverlebt wird, — unbeschadet der Vorschrift des Artikel 3 des Schlusprotokolls zu dem Vertrage vom 29. November 1921 — in Kraft; ebenso treten die für die im Staatsdienste beschäftigten Angestellten und Lohnempfänger erlassenen Bestimmungen in Kraft.

Aufgehoben werden im Gebietsteile Pyrmont alle bisher dort gültigen waldeckischen Bestimmungen des Beamtenrechts und des Rechtes der staatlichen Angestellten und Lohnempfänger.

Das Gesetz über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverlegerungen der Beamten vom 1. August 1909 (Gesetzsamml. S. 691) tritt im Gebietsteile Pyrmont in Kraft. Das waldeckische Gesetz über die Haftung des Staates und der Kommunalverbände für Amtspflichtverlegerungen der Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt vom 18. Dezember 1909 (Waldeckisches Regierungsblatt S. 119) tritt im Gebietsteile Pyrmont außer Kraft.

Artikel 2.

I. Im Gebietsteile Pyrmont treten in Kraft:

1. das Gesetz über die Wahlen zum preußischen Landtage (Landeswahlgesetz) vom 3. Dezember 1920 (Gesetzsamml. S. 559) nebst der Landeswahlordnung vom 10. Dezember 1920 (Gesetzsamml. S. 571);
2. das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsamml. S. 195);
3. das Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetzsamml. S. 237), soweit es im Kreise Hameln gilt;
4. das Gesetz, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungstreitverfahren, vom 3. Juli 1875 (Gesetzsamml. S. 375);
5. die Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867 (Gesetzsamml. S. 1529);
6. das Gesetz, betreffend den Erlass polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen, vom 23. April 1883 (Gesetzsamml. S. 65);
7. die Verordnung, betreffend die Organisation der Landgendarmerie in den neu erworbenen Landesteilen, vom 23. Mai 1867 (Gesetzsamml. S. 777) nebst der Verordnung, betreffend die Rechtsstellung der Landgendarmerie, vom 10. März 1919 (Gesetzsamml. S. 37).

II. Entgegenstehende waldeckische Vorschriften, insbesondere

1. das Gesetz, betreffend die Befugnis der Landespolizeibehörde zum Erlass von Polizeiverordnungen, vom 13. Januar 1875 (Reg.-Bl. S. 9);
2. das Gesetz, die Einrichtung einer Gendarmerie betreffend, vom 9. Februar 1855 (Reg.-Bl. S. 9);
3. das Gesetz, betreffend die Rechtsstellung der Gendarmerie, vom 3. März 1920 (Reg.-Bl. S. 39)

treten außer Kraft.

Artikel 3.

I. Im Gebietsteile Pyrmont treten in Kraft:

1. die Provinzialordnung für die Provinz Hannover vom 7. Mai 1884 (Gesetzsammel. S. 237);
2. die Kreisordnung für die Provinz Hannover vom 6. Mai 1884 (Gesetzsammel. S. 181);
3. die hannoversche Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetzsammel. I 141);
4. das hannoversche Gesetz, die Landgemeinden betreffend, vom 28. April 1859 (Hannoversche Gesetzsammel. S. 393);
5. das Zweckverbandsgesetz vom 19. Juli 1911 (Gesetzsammel. S. 115);
6. das Gesetz, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, vom 3. Dezember 1920 (Gesetzsammel. 1921 S. 1);
7. die Wahlordnung für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen vom 31. Dezember 1920 (Gesetzsammel. 1921 S. 8).

II. Entgegenstehende waldeckische Vorschriften treten außer Kraft, insbesondere:

1. die Gemeindeordnung vom 16. August 1855 (Reg.-Bl. S. 239);
2. die Kreisordnung vom 16. August 1855 (Reg.-Bl. S. 262);
3. das Zweckverbandsgesetz vom 21. Februar 1922 (Reg.-Bl. S. 49);
4. das Gesetz, betreffend die Besoldung der Gemeindebeamten, vom 15. März 1922 (Reg.-Bl. S. 108);
5. das Gesetz, betreffend vorläufige Änderung des Gemeindewahlrechts für Waldeck-Pyrmont usw., vom 19. Juni 1919 (Reg.-Bl. S. 181);
6. das Gesetz, betreffend vorläufige Änderung der Kreisordnung usw., vom 17. Juni 1919 (Reg.-Bl. S. 185).

Artikel 4.

I. Im Gebietsteile Pyrmont treten in Kraft:

1. das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen, vom 3. Juli 1876 (Gesetzsammel. S. 247);
2. das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs, vom 27. Februar 1880 (Gesetzsammel. S. 174);
3. das Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891 (Gesetzsammel. S. 205);
4. das Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (Gesetzsammel. S. 119) mit der Maßgabe, daß an Stelle der auf Grund der Verordnung, betreffend die Einführung der preußischen Gesetzgebung in betreff der direkten Steuern in dem Gebiete des vormaligen Königreichs Hannover, vom 28. April 1867 (Gesetzsammel. S. 533) erhobenen Grundsteuer und Gebäudesteuer die auf Grund des waldeckischen Gesetzes, die Veranlagung der Grundsteuer im Fürstentum Pyrmont betreffend, vom 29. Mai 1860 (Reg.-Bl. S. 17) veranlagte und erhobene Grundsteuer außer Acht gesetzt wird;
5. das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 (Gesetzsammel. S. 152) und das Kreis- und Provinzialabgabengesetz vom 23. April 1906 (Gesetzsammel. S. 159) mit der Maßgabe, daß die auf Grund des in Ziffer 5 genannten waldeckischen Gesetzes veranlagte Grundsteuer als Besteuerungsmaßstab im Sinne des § 26 des Kommunalabgabengesetzes und der §§ 7 und 25 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes gilt.

II. Entgegenstehende waldeckische Vorschriften treten im Gebietsteile Pyrmont außer Kraft, insbesondere:

1. das Gewerbesteuergesetz vom 6. März 1893 (Reg.-Bl. S. 41);
 2. das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs, vom 25. Januar 1881 (Reg.-Bl. S. 3);
- ferner tritt außer Kraft:
3. das Gesetz, betreffend die Hundesteuer in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont, vom 8. Januar 1912 (Reg.-Bl. S. 29).

Artikel 5.

I. Im Gebietsteile Pyrmont treten in Kraft:

1. die Verordnung, betreffend die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden, vom 1. August 1879 (Gesetzsammel. S. 573);
2. die Pachtenschutzordnung vom 25. Januar 1921 (Gesetzsammel. S. 125) nebst der Verordnung über Rechtsbeschwerde und Beifälligerberufung in Pachtenschutzsachen (Gesetzsammel. S. 488);
3. das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, betreffend den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (Gesetzsammel. S. 222), vom 14. Dezember 1920 (Gesetzsammel. 1921 S. 103);
4. das Gesetz, betreffend Einführung der Grundsätze der Verhältniswahl für die Wahl der Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen, vom 3. März 1922 (Gesetzsammel. S. 49);
5. das Gesetz, betreffend Änderung der Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 (Gesetzsammel. S. 321), vom 12. März 1922 (Gesetzsammel. S. 63);
6. das Gesetz, betreffend Änderung der Hinterlegungsordnung vom 21. April 1913 (Gesetzsammel. S. 225), vom 8. Juli 1920 (Gesetzsammel. S. 385);
7. das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverleugnungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt vom 1. August 1909 (Gesetzsammel. S. 691), vom 14. Mai 1914 (Gesetzsammel. S. 117);
8. das Gesetz über die Umliegung von Grundstücken vom 21. September 1920 (Gesetzsammel. S. 453);
9. das Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften vom 5. Mai 1920 (Gesetzsammel. S. 351);
10. das Ausführungsgesetz vom 15. Dezember 1919 (Gesetzsammel. S. 31) zum Reichsfeldungsgesetze vom 11. August 1919;
11. das Gesetz über Rentengüter vom 27. Juni 1890 (Gesetzsammel. S. 209);
12. das Gesetz, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juli 1891 (Gesetzsammel. S. 279);
13. das Gesetz zur Förderung der Ansiedlung vom 8. Mai 1916 (Gesetzsammel. S. 51).

II. Entgegenstehende waldeckische Vorschriften treten außer Kraft, insbesondere:

1. die Verordnung zur Ausführung der Pachtenschutzordnung vom 9. Juni 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1193), vom 25. September 1920 (Reg.-Bl. S. 161);
2. das Gesetz, betreffend die Antragsbefugnis in Zusammenlegungs- und Teilungssachen, vom 29. Februar 1908 (Reg.-Bl. S. 51).

Artikel 6.

I. Im Gebietsteil Pyrmont treten in Kraft:

1. das Gesetz, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung der Gesundheitskommissionen, vom 16. September 1899 (Gesetzsammel. S. 172);
2. das Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, vom 28. August 1905 (Gesetzsammel. S. 373);
3. das Gesetz, betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten, vom 14. Juli 1909 (Gesetzsammel. S. 625);
4. das Gesetz, betreffend die öffentliche Krüppelfürsorge, vom 6. Mai 1920 (Gesetzsammel. S. 280).

II. Entgegenstehende waldeckische Vorschriften treten außer Kraft, insbesondere:

1. das Gesetz, betreffend die Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten, vom 7. Januar 1914 (Reg.-Bl. S. 18);
2. das Gesetz, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsarztlicher, medizinal- oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen, vom 10. Januar 1886 (Reg.-Bl. S. 45).

Artikel 7.

Im Gebietsteil Pyrmont treten in Kraft:

1. das Gesetz vom 11. März 1872, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungs-wesens (Gesetzsamml. S. 183);
2. die im Kreise Hameln über die Schulpflicht und ihre Durchführung und die Bestrafung der Schulversäumnisse geltenden Gesetze, Verordnungen und Vorschriften;
3. das Gesetz vom 7. August 1911, betreffend die Beschulung blinder und taubstummer Kinder (Gesetzsamml. S. 168);
4. das Gesetz vom 28. Juli 1906, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen (Gesetzsamml. S. 335);
5. das Gesetz vom 7. Oktober 1920, betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schul-deputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen (Gesetzsamml. S. 535);
6. das Gesetz vom 17. Dezember 1920, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Diensteinkommengesetz B. D. G.), (Gesetzsamml. S. 623) nebst Abänderungsgesetz vom 24. November 1921 (Gesetzsamml. S. 563);
7. das Gesetz vom 9. Februar 1922 über die Gewährung eines weiteren Ausgleichszuschlages an unmittelbare Staatsbeamte und Lehrpersonen (Gesetzsamml. S. 35);
8. das Gesetz vom 18. März 1922, betreffend Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte und Lehrpersonen (Gesetzsamml. S. 63);
9. das Gesetz vom 14. Januar 1921 über die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen und mittleren Schulen (Mittelschullehrer-Diensteinkommengesetz M. D. G.) (Gesetzsamml. S. 325) mit dem Abänderungsgesetz vom 24. November 1921 (Gesetzsamml. S. 566);
10. das Gesetz vom 6. Juli 1885, betreffend die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Gesetzsamml. S. 293), mit dem Abänderungsgesetz vom 10. Juni 1907 (Gesetzsamml. S. 133);
11. das Gesetz vom 4. Dezember 1899, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen (Gesetzsamml. S. 587);
12. das Gesetz vom 11. Juni 1894, betreffend das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen (Gesetzsamml. S. 109);
13. das Volksschullehrer-Altruhegehaltsgesetz vom 17. Dezember 1920 (Gesetzsamml. S. 655);
14. das Gesetz vom 26. Mai 1887, betreffend die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen (Gesetzsamml. S. 175);
15. das Gesetz vom 17. Dezember 1920 über das Diensteinkommen der Leiter und Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten (Gesetzsamml. 1921 S. 323);
16. das Gesetz über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 (Gesetzsamml. S. 134).
19. August 1897 (Gesetzsamml. S. 343).

Artikel 8.

Mit den in den vorhergehenden Artikeln aufgeführten preußischen Gesetzen treten sämtliche dazu ergangenen abändernden, erläuternden und ergänzenden Bestimmungen in Kraft.

Mit den außer Kraft tretenden waldeckischen Gesetzen treten auch sämtliche dazu ergangenen, abändernden, erläuternden und ergänzenden Bestimmungen außer Kraft.

Artikel 9.

Wo in aufrechterhaltenen waldeckischen Vorschriften auf Vorschriften verwiesen ist, welche nach dieser Verordnung im Gebietsteil Pyrmont außer Kraft treten, treten dafür die entsprechenden preußischen Vorschriften ein.

Wo in den nach dieser Verordnung in Kraft tretenden preußischen Vorschriften auf Vorschriften verwiesen ist, welche im Gebietsteil Pyrmont noch nicht eingeführt werden, treten dafür die entsprechenden waldeckischen Vorschriften ein.

Artikel 10.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Vereinigung Pyrmonts mit Preußen in Kraft.
Berlin, den 31. März 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. am Behnhoff. Severing, Wendorff. Siering. Boelk. Hirtsiefer.
zugleich für den Finanzminister.

Nr. 12254.) Verordnung über vorläufige Änderung der Amtsgerichtsbezirke Monschau und Blankenheim anlässlich der Ausführung des Friedensvertrags. Vom 20. März 1922.

Auf Grund des Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1919 (Gesetzsammel. S. 115) wird in Ergänzung der Verordnung vom 9. November 1921 (Gesetzsammel. S. 548) folgendes bestimmt:

Die von der Kommission zur Festsetzung der deutsch-belgischen Grenze (Artikel 35 des Friedensvertrags) dem Deutschen Reiche (Preußen) wieder zugesprochenen Gebietsteile des früheren Amtsgerichtsbezirkes Malmedy werden

1. soweit sie früher zur Gemeinde Esenborn gehörten, dem Amtsgerichtsbezirke Monschau,
2. soweit sie früher zu den Gemeinden Hüninghen und Hönsfeld (Bürgermeisterei Büllingen) gehörten, dem Amtsgerichtsbezirke Blankenheim

mit Wirkung vom Zeitpunkt ihrer Rückkehr unter die deutsche Staatshoheit zugeteilt.

Berlin, den 20. März 1922.

Der Justizminister.

am Behnhoff.

(Nr. 12255.) Anordnung, betreffend die Verlängerung von auf Grund der Mieterschutz- und Wohnungsmangelverordnung erlassenen Anordnungen. Vom 22. März 1922.

Auf Grund des § 5a der Mieterschutzverordnung und des § 9 der Wohnungsmangelverordnung in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 20. März 1922 ordne ich mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums für den Umfang des Preußischen Staates an, daß, vorbehaltlich von Abänderungen, sämtliche auf Grund der

Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918 in der Fassung der Reichsgesetze vom 11. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 949) und vom 11. Juli 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 933) erlassenen Anordnungen, insbesondere auch die auf einen Endtermin befristeten, bis zum 30. Juni 1922 in Kraft bleiben.

Berlin, den 22. März 1922.

Der Minister für Volkswohlfahrt.

In Vertretung:
Scheidt.

Redigiert im Büro des Staatsministeriums. — Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.
Der Bezugspreis für die Preußische Gesetzsammlung ist vom 1. Januar 1921 ab auf 21 Mark jährlich einschließlich der gesetzlichen Zeitungsgebühr festgesetzt. Der Preis für einzelne Stücke beträgt 80 Pfennig für den Bogen, für die **Hauptfachverzeichnisse** 1806 bis 1883 50 Mark und 1884 bis 1913 26 Mark. — Bestellungen sind an die Postanstalten zu richten.